

Entwurf der

VERHANDLUNGSSCHRIFT

aufgenommen bei der am Donnerstag, den 26.09.2013 im Sitzungssaal des Marktgemeindefamtes
Pettenbach stattgefundenen

öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

der Marktgemeinde Pettenbach

Sitzungsnummer: GR/2013/19

Beginn: 20:00

Ende: 22:35

Anwesend sind:

Herr Bgm. Leopold Bimminger	ÖVP	Herr Manuel Peterstorfer	SPÖ
Herr Vzbgm. Rudolf Platzner	FPÖ	Herr Helmut Viechtbauer	SPÖ
Frau Vzbgm. Julia Laßl	SPÖ	Herr Michael Aitzetmüller	SPÖ
Frau Sigrid Grubmair	ÖVP	Herr Dipl. Ing. (FH) Karl Schachinger	FPÖ
Herr Ing. Josef Aitzetmüller	ÖVP	Herr Karl-Heinz Strauß	FPÖ
Herr Franz Berner	ÖVP	Herr Adolf Kammerleithner	FPÖ
Herr Gerhard Etzenberger	ÖVP	Herr Stefan Kohlbauer	FPÖ
Herr Bernhard Radner	ÖVP	Herr Friedrich Mittermaier	FPÖ
Herr Karl Kuntner	ÖVP	Frau Sonja Hüthmayr	FPÖ
Frau Michaela Kemptner	ÖVP	Frau Hildegard Angermayr	SPÖ
Herr Bülent Arikan	ÖVP	Vertretung für Herrn Dietmar Straßmair	
Herr Clemens Franz Radner	ÖVP	Herr Walter Auinger	SPÖ
Herr Georg Neuhauser	ÖVP	Vertretung für Herrn Ing. Wolfgang Ebner	
Frau Elke Eder	ÖVP	Herr Friedrich Holli	ÖVP
Frau Heidemarie Fischer	ÖVP	Vertretung für Frau Danusa Neuhauser MBA	
Herr Ing. Paul Neuburger	SPÖ	Frau Doris Sieberer	
Frau Ilse Laßl	SPÖ		
Herr Johann Schultschik	SPÖ		

Abwesend sind:

Frau Danusa Neuhauser MBA	ÖVP
Herr Dietmar Straßmair	SPÖ
Herr Ing. Wolfgang Ebner	SPÖ
Herr Karl Reder	FPÖ

Leiter des Gemeindeamtes: Al. Günther Weigerstorfer
Schriftführerin: Doris Sieberer

Bgm. Bimminger begrüßt die Vizebürgermeister/in, die Gemeindevorstandsmitglieder, die Damen und Herren des Gemeinderates, Herrn Al. Weigerstorfer und Frau Sieberer, die mit der Protokollierung der Sitzung betraut wird.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a. die Sitzung von mir ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b. die Verständigung hiezu an alle Mitglieder zeitgerecht, schriftlich am 19.09.2013 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist,
- c. die Beschlussfähigkeit gegeben ist,
- d. die Verhandlungsschriften über die Sitzungen vom 13.06.2013 und vom 24.07.2013 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt sind, während der Sitzung zur Einsicht aufliegen und gegen diese Verhandlungsschriften bis zum Sitzungsende Einwendungen eingebracht werden können.

Tagesordnung:

- 1 . Anfragen aus der Bevölkerung an den Gemeinderat
- 2 . Volksschule Magdalenaberg, Antrag an das Amt der Oö. Landesregierung auf Auflassung des Schulstandortes und ehestmögliche, faktische Stilllegung des Schulbetriebes durch die Bezirksverwaltungsbehörde
- 3 . 110 KV-Leitung Vorchdorf-Kirchdorf, Beauftragung der Rechtsanwaltskanzlei List Rechtsanwälte GmbH in Bezug auf Beantragung eines UVP-Verfahrens um die Errichtung der gewünschten Erdkabeltrasse zu unterstützen
- 4 . Kastberger Andreas, Scharnsteiner Straße 30; Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 "Almdiele" -Beschluss nach dem Stellungnahmeverfahren
- 5 . Änderung des Dienstpostenplanes wegen Aufnahme von neuen Mitarbeitern am Marktgemeindeamt Pettenbach ab 01.10.2013
- 6 . Allfälliges

1. Anfragen aus der Bevölkerung an den Gemeinderat

Herr Michael Prashma, Vertreter des Elternvereins der VS Magdalenaberg, ersucht den Gemeinderat sein Anliegen, bezüglich VS Magdalenaberg, vorbringen zu dürfen. Er stellt die Frage, ob sich die Gemeinderäte jemals erkundigt habe, wie es den betroffenen Kindern geht. Er sagt, dass seine Tochter der VS-Magdalenaberg die Daumen gedrückt habe und dass die Schließung der Schule kein schönes Geburtstagsgeschenk für seinen Sohn werden wird. Er stellt noch einmal die Frage, ob sich der Gemeinderat dessen bewusst ist.

Herr Manfred Sieberer spricht den Zeitungsartikel, über die Schließung der VS Magdalenaberg, von der Bezirksrundschau an. Er meint, dass es sehr traurig ist, wenn ein Gemeindevorstand nicht mit, sondern gegen die Bevölkerung arbeitet. Er versteht den Antrag nicht, da die Frau Landesrätin Hummer ein weiteres Schuljahr genehmigt hat. Weiters meint er, dass immer wieder neue Maßnahmen gesucht werden, um die Schule schließen zu können. Er ersucht den Gemeinderat die Entscheidung nochmals zu überdenken, da innerhalb kurzer Zeit der Magdalenaberg zur Heiligenleit-Heiligen gemacht wird. Seine Befürchtungen sind, dass es in weiterer Zukunft vielleicht keine Pfarre mehr geben wird, da kein Pfarrer mehr zuständig sein wird und es jetzt schon Probleme mit den Ministranten gibt, und auch vielleicht der Standort der Feuerwehr verlegt werden wird, wenn heute dem Antrag der Schulschließung zugestimmt wird. Er meint, wenn es Probleme mit den Lehrern gibt, sollte das nicht auf die Schule ausgetragen werden sondern mit der Frau Schulinspektorin besprochen werden, denn sie hat die angeblich beste Lehrerin der VS Pettenbach in die VS Magdalenaberg bestellt. Die Magdalenaberger können, seiner Meinung nach, nichts dafür. Er macht den Vorwurf, dass einfach zugesperrt wird, anstatt zu versuchen eine zweite Lehrperson in die VS Magdalenaberg zu bekommen. Er betont, dass er 24 Jahre selber als Gemeindevorstand tätig war, aber damals wurde immer für und nicht gegen die Bevölkerung abgestimmt. Weiters erwähnt er, dass in der Zeit als Ing. Friedrich Mayr-Kern Bürgermeister und er selber Vizebürgermeister waren das letzte Mal an dieser Schule etwas baulich verändert wurde. Damals wurden die Fenster ausgetauscht, die Fassade gestrichen und der Vertrag für die Heizung gemacht, aber seitdem wurde nichts mehr gemacht, außer dass die Schulküche geschlossen wurde.

Herr Ing. Michael Kienberger hält normalerweise etwas auf Handschlagqualität. Er sagt, dass dem Elternverein bei der letzten Gemeinderatssitzung zugesichert worden ist, dass die Schule ein Jahr den Betrieb weiterführen kann, in Verbindung mit dem Agenda 21 Prozess, Arbeitsgruppe Bildung, der leider noch nicht angelaufen ist, obwohl er vom Gemeindevorstand bewilligt wurde. Dies wurde auch von Landesrätin Hummer zugesichert. Es wurde vom Elternverein verlangt ein Konzept zu liefern, das auch gemacht wurde, obwohl das nicht die Aufgabe eines Elternvereins ist. Der Elternverein hat seine Aufgabe erfüllt, er würde auch gerne weiterarbeiten, das geht aber nur, wenn die Gemeinderäte bei dem bleiben, was sie bei der Sitzung im Juni versprochen hatten.

Frau Nina Edlinger, Elternvertreterin der 4b der VS Pettenbach sagt, dass die Klasse wegen der VS Magdalenaberg jetzt keine Lehrerin mehr hat. Sie ist für die Schließung, weil sie das nicht einsieht, dass ihnen die Lehrerin genommen wird, nur weil die Lehrerin der VS Magdalenaberg nicht mehr unterrichten will. Weiters sagt sie, dass ihre Kinder auch nicht gefragt wurden, ob sie einverstanden sind, dass ihre Lehrerin nicht mehr da ist.

Frau Dorothea Haderer betont, dass weder Magdalenaberg noch Pettenbach dafür eine Verantwortung zu tragen haben, denn die Lehrkraft zu stellen ist die Aufgabe der Frau Schulinspektorin.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) verurteilt, dass der Gemeinderat zum Spielball von allem geworden ist. Bei der Gemeinderatssitzung im Juni wurde der Antrag auf Schließung mehrheitlich abgelehnt, das ist grundsätzlich kein schlechter Gedanke oder eine Willensäußerung eines Gemeinderates eine

Schule zu erhalten. Natürlich unter den Voraussetzungen, dass es ein Konzept geben muss, das eine Zweiklassigkeit hervorruft sowie mit zwei Lehrern besetzt wird, damit die beste Ausbildung gewährleistet ist. Denn eine Lehrkraft in einer Klasse mit vier Schulstufen ist für ihn unzumutbar, da versteht er, dass die Lehrer in eine Krankheit, wie z. B.: Burnout, verfallen. Er betont, dass die Situation wie sie jetzt ist keiner abschätzen konnte und diese auch keiner wollte. Er dementiert, dass ein Deal zwischen dem Bürgermeister und der Bezirksschulinspektorin stattgefunden habe, dass eine Lehrerin aus Pettenbach in die VS Magdalenaberg beordert wird, so habe es in einem E-Mail geheißen. Ihm gefällt es nicht, dass sich die Eltern der VS Pettenbach so massiv über die Vorgangsweise des Gemeinderates entrüsten haben, dass dieser entscheiden kann die Schule, auf Kosten ihrer Lehrer und der Qualität ihrer Schule, weiter zu erhalten. Er verachtet, dass die Lehrer der VS Pettenbach gesagt haben, dass der Bürgermeister in der Schule nicht erwünscht ist, um die Schulanfänger zu begrüßen und kleine Geschenke zu überreichen. Weiter dass die Direktoren der Volks- und Hauptschule behaupten, dass der Gemeinderat unkompetent ist und sie nicht wissen, was sie entscheiden. Dass die Eltern der VS Magdalenaberg ihre Kinder zur Gemeinderatssitzung mitnehmen wollten, findet er nicht gut, da die Kinder außer Acht gelassen werden sollten. Er findet auch das ein Wahnsinn, dass sich die Eltern von Pettenbach und Magdalenaberg gegenseitig die Schuld zuweisen. Für diese Situation ist alleine die Schulbehörde verantwortlich. Es sind viele Gespräche den Eltern, den Lehrern und speziell mit Frau Rosa Schnellberger, die jetzt am Magdalenaberg unterrichtet, geführt worden. Es kann jeder verstehen, dass Frau Schnellberger todunglücklich ist, wenn sie drei Tage vor Schulbeginn widerwillig in eine andere Schule zitiert wird. Dass eine gute Ausbildung der Kinder unter diesen Voraussetzungen nicht möglich ist, da zusätzliche Stunden fehlen um die Kinder gut betreuen zu können. Da sie seit ca. 20 Jahren als Lehrerin tätig ist, kann sie Defizite bei den Kindern feststellen. Aufgrund dieser Umstände kann sie aber ihre Ziele nicht erreichen. Wenn Frau Schnellberger aus irgendeinem Grund in den Krankenstand gehen muss, kommen die Kinder sowieso in die VS Pettenbach und dann ist das Dilemma vorprogrammiert. Er kann das nicht dulden, dass die Schule in diesem Zustand weitergeführt wird. Es ist zwar sehr löblich, dass ein Konzept vorgelegt wurde, das jedoch eine Zweiklassigkeit nicht hervorrufen kann, da dieses Konzept erst wachsen müsse. Er betont, dass es eine schwierige Entscheidung ist, aber auch eine Pflicht des Gemeinderates, aufgrund dieser Streitigkeiten und Umstände, eine Entscheidung herbeizurufen. Es tut ihm sehr leid, da es am Magdalenaberg Befürchtungen gibt, dass jetzt alles zusammenbricht oder dass kein Nachwuchs mehr bei der Feuerwehr oder bei den Ministranten sein wird.

GR Stefan Kohlbauer (FP) sagt, dass nur ein Lehrer in der VS Magdalenaberg ist. Weiters kritisiert er das Konzept, das vom Land OÖ abgelehnt wurde. Weiters sagt er, dass in Volksschulen keine Schwerpunkte vorgesehen sind und bei diesem Konzept 80 % von der Webseite abgeschrieben wurde.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) möchte das nicht im Raum stehen lassen, wenn ein ehemaliger Vizebürgermeister sagt, dass die Gemeinderäte nicht im Sinne der Bürger entscheiden. Es sieht das anders, nämlich dass der Unterricht mit 15 Kindern von der ersten bis zur letzten Minute nur Stress ist, wobei noch dazu Kinder dabei sind, die eine Unterstützung benötigen. Die Pädagogin sagt, dass sie die Unterstützung nicht leisten kann, da sie keine Zeit dazu hat. Dann muss man im Sinne der Bürger überlegen, ob das nicht sinnvoller wäre, die Kinder in eine 3 Kilometer entfernte Schule zu geben. Diese Schule zwar auch desolat ist, aber die Renovierung mit 2014 beginnen wird. Es gibt Rahmenbedingungen, an denen sich die Gemeinde halten muss, der Gemeinderat kann nur urteilen, was das Beste für die Kinder ist. Seiner Meinung nach, sollten die Kinder so schnell wie möglich in ihre frei gewählte Schule wechseln. Auch jeder Elternteil spricht für sein Kind, es sollten die Kinder angehört werden, ob sie derselben Meinung sind. Er versteht, dass eine sehr eigenständige Region einen Meilenstein seiner Kultur verliert. Daran muss gearbeitet werden, dass wieder etwas Neues entsteht, da alle Pettenbacher/Innen sind. Im Sinne der Kinder ist die beste Ausbildung am Magdalenaberg derzeit nicht gegeben. Er sieht ein, dass es nicht leicht ist, in einer Minute 263 Jahre Schu-

le als Vergangenheit zu sehen. Wäre in Pettenbach keine Schule, würde natürlich um den Schulstand am Magdalenaberg gekämpft.

GV Ing. Josef Aitzetmüller (VP) verliest ein Zitat aus einem E-Mail von Frau Schmid der Schulinspektorin:“ Als Bezirksschulinspektorin habe ich nur die Aufgabe an den bestehenden Schulen dafür zu sorgen, dass Lehrerinnen/Lehrer einen entsprechenden Unterricht zu gestalten. Dabei spielt es keine Rolle, ob mir die politischen Entscheidungen einer Gemeinde gefallen oder nicht.“ Er stellt dieses Zitat in den Raum. Seiner Meinung nach, hat sie das nicht getan. Der Gemeinderat ist derzeit in einem Dilemma, der kann daran nichts ändern. Der Gemeinderat muss das Beste für die Kinder entscheiden und das muss jeder für sich selbst beurteilen.

GR Bernhard Radner (VP) ist zutiefst erschüttert über eine Aussage einer Elternvertreterin einer Klasse, dass die Eltern der Schule Magdalenaberg dafür verantwortlich sind, dass in der 4. Klasse der VS Pettenbach nicht die Lehrerin ist, die gewünscht wird. Man sollte sich fragen, ob der dafür verantwortlich ist, der den Stein ins Rollen gebracht hat, könnte die Schulbehörde dafür verantwortlich sein oder die Bezirksschulinspektorin, die ihre Aufgabe laut Gesetz aber nicht sehr engagiert gemacht hat. Könnte vielleicht der Direktor der VS Pettenbach dafür verantwortlich sein, dem angeboten wurde die Direktion am Magdalenaberg mit zu übernehmen und damit Gestaltungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielraum in der eigenen Gemeinde zu haben. Er fügt hinzu, dass in der letzten Gemeinderatssitzung ganz klar ausgesprochen wurde, dass die Schule nur einen vernünftigen Betrieb haben kann, wenn sie mit zwei Lehrern geführt wird. Unabhängig davon, ob sie mit zwei Klassen geführt wird. Diesen Gestaltungsspielraum hätte die Behörde. Es gibt ein schönes Sprichwort:“ Wo ein Wille da ein Weg, wo ein Unwille da eine Ausrede.“ Er betont, dass 500 Lehrer einen Job suchen, denen das Arbeitslosengeld bezahlt wird, anstatt diese dort einzusetzen, wo sie gebraucht werden. Weiters hebt er hervor, dass in der Privatwirtschaft nicht gestattet ist, einen Arbeiter alleine in einer Schicht arbeiten zu lassen. Aber im Schulsystem ist das möglich, da kann eine Lehrerin alleine in der Schule sein, im Krankheitsfall sind die Kinder auf sich alleine gestellt.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) entgegnet, dass den Stein ins Rollen die Schulärztin gebracht hat. Die Schulärztin hat beim Bürgermeister und den Vizebürgermeistern den Istzustand der Schule erklärt. Mit dabei war auch die Frau Bezirksschulinspektorin, die gesagt hat, dass sie keine Schule schließen kann, sondern nur die demografische Entwicklung usw. aufzeigen. Damals wurde gesagt, dass aus diesen und jenen Gründen das Beste ist, diese Schule zu schließen. Weiters spricht er die arbeitssuchenden Lehrer an, die keinen Job bekommen. Dabei betont er, dass die Landesräte der ÖVP Fraktion am Hebel sitzen und nicht daran ändern.

GV Sigrid Grubmair (VP) ergänzt zum GR Stefan Kohlbauer (FP), dass es für das Konzept kein Gesetz gibt, aber es kann auf Schulversuch geprüft werden.

Vzbgm. Julia Laßl (SP) begründet ihr Vorgehen an die Öffentlichkeit folgendermaßen. Ihr Sohn hat auch die VS Magdalenaberg besucht und bei einem Elternabend im vergangenen Herbst hat die Direktorin gesagt, dass sie den Umschulungsanträgen stattgeben wird. Mehrmals hat sie erwähnt, dass Hilfe benötigt wird, die sie aber leider nicht bekommen hat. Anschließend hat sie recherchiert, wie es mit Kleinschulen generell aussieht und dabei festgestellt, dass keine Überlebenschance eingebracht wird. Gleichzeitig ist in Pettenbach die Thematik angebrochen, dass der Kindergarten überquillt. Nachdem die Schule am Magdalenaberg auf der Schließungsliste des Landes OÖ steht, ist ihrer Meinung nach das sinnvoll, das Gebäude als Kindergarten zu nützen. Sie schließt sich auch Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) an, dass das Zynismus ist, wenn ein System kritisiert wird, das Hausgemacht ist und man weiß, wer am Schalthebel sitzt.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) sagt, dass sich alle drei Fraktionen die Entscheidung nicht leicht machen, egal für welche Richtung man sich entscheidet. Es sind viele Fakten da, die die Gemeinde

selber nicht entscheiden kann. Seit 2003 läuft das Schulsanierungsprojekt und hoffentlich wird nächstes Jahr angefangen die VS Pettenbach zu sanieren. Er gibt Manfred Sieberer Recht, dass seit 2003 nichts bezüglich Renovierung passiert ist, da vom Land OÖ kein Geld zur Verfügung steht. Genauso kann die Gemeinde nicht entscheiden, wie viele Lehrer wo hinkommen. Es steht fest, dass nur eine Lehrperson für den Magdalenaberg eingeteilt wurde, obwohl bei Frau Landesrätin Hummer vorgeschlagen wurde, eine weitere Pädagogin zu entsenden. Diese Fakten stellen eine nicht zufriedene Situation dar und diese sind zu beurteilen. Es geht schließlich um die Kinder, dass die eine vernünftige Lehrerin und eine baulich intakte Klasse haben. Für ihn ist eine sachliche Diskussion mit Fakten unterlegt wichtig. Er bittet darum, dass sich die Pettenbacher wieder vereinen, da es sich um ein Gemeindefach handelt und nicht um ein Pettenbacher- und um ein Magdalenabergthema. Er spricht das Fehlen von GR Straßmair an, dass er bei der letzten Sitzung seine Willensbekundung gezeigt hat, wie er zum Magdalenaberg steht.

Ing. Michael Kienberger sagt, dass es Schwerpunktschulen in OÖ schon gibt, die Naturparkschule Rechberg im Mühlviertel ist seit fünf oder sechs Jahren eine Schwerpunktschule. Weiters sagt er, dass er in Zweifel stellt, dass die Schulärztin einige verhaltensauffällige Kinder festgestellt hat. Soweit er informiert ist, braucht das mehrere Tests und ein Gespräch mit Eltern. Das sind langwierige Prozesse und nicht eine Untersuchung von zehn Minuten.

GR Bernhard Radner (VP) versucht seine Entscheidungen als Gemeinderat so zu treffen, dass das Beste für Pettenbach erzielt wird. Er betont, dass er kein Parteisoldat ist, der die Befehle vom Land ausführt, sondern nur für Pettenbach entscheidet. Er erwähnt andere Bundesländer, in denen keine Kleinschulen geschlossen werden, obwohl diese auch eine ÖVP Führung haben. Wenn sich die Gemeinderäte einig wären, würde man in dieser Sache etwas bewegen können, so seine Meinung. Bezüglich verhaltensauffälliger Kinder, stimmt ihn das sehr nachdenklich, da das Elternhaus für die Erziehung der Kinder zuständig ist und nicht die Schule.

Herr Manfred Sieberer spricht die Feuerwehren an, dass sich Eggenstein und Pratsdorf mit dem Nachwuchs leichter tun, da sie Siedlungsgebiete haben. Die Feuerwehr Magdalenaberg tut sich hingegen schwerer mit dem Nachwuchs, da keine Widmungen für Neubauten wegen den Natur- und Umweltschutz genehmigt werden. Er bedankt sich bei seinem Vorredner, dass er die richtigen Worte gefunden hat. Er stellt die Frage, warum der Ball nicht zur Frau Bezirksschulinspektorin zurückgespielt wird.

GR Ilse Laßl (SP) stellt sich die Frage, warum der Elternverein nicht schon vor zwei oder drei Jahren reagiert hat, wo schon ersichtlich war, dass die Schülerzahlen rückläufig sind.

Frau Marina Kaliba antwortet, dass eine ganz klare Aussage von Frau Direktorin Wolfram gemacht wurde, dass die Schule nur ein Jahr einklassig sein wird und dann würde die Schülerzahl für eine Zweiklassigkeit wieder erreicht werden und sie keine Umschulungsanträge unterschreiben wird. Dass sie leider doch Umschulungsanträge unterschrieben hatte wurde erst bei einem Elternabend bekannt.

Herr Manfred Sieberer betont, dass eine Zweiklassigkeit bestehen würde, wenn Bgm. d. D. Schuster und Direktorin Wolfram die Umschulungsanträge nicht unterschrieben hätten. Dazu kommt noch die Verunsicherung, ob die Schule überhaupt weiterbestehen würde.

Herr Michael Praschma sagt, dass vor ca. zwei Jahren der Elternverein beim damaligen Bürgermeister Schuster vorgeschlagen habe, dass die Schülerzahlen zurückgehen. Sie stellten die Frage, ob eine eventuelle Sprengelerweiterung möglich wäre, da nur wenige Kinder für eine Zweiklassigkeit fehlten. Damals wurde vom Bürgermeister gesagt, dass das nicht möglich sei.

GR Bernhard Radner (VP) findet verwunderlich, warum die Eltern ein Konzept für die Schule machen müssen.

GR Michael Aitzetmüller (SP) verlässt den Saal, kommt aber während des Tagesordnungspunktes wieder zurück.

GR Karl-Heinz Strauß (FP) stellt die Frage, wo die Kinder vom Magdalenaberg in den Kindergarten und in den Hort gehen. Er ist seit 20 Jahren schon der Meinung, dass sich der Schulstand Magdalenaberg nicht halten wird. Er hält nichts davon, dass Kinder von Pettenbach nach Magdalenaberg fahren, nur um die Schülerzahl zu erreichen. Er glaubt sehr wohl, dass in Pettenbach eine gute Volksschule ist, die dringendst saniert werden muss. Dass das nicht angenehm ist, wenn ein Kind nach Pettenbach fahren muss, das schon zwei Jahre am Magdalenaberg in die Schule gegangen ist, ist ihm auch bewusst. Es sollte akzeptiert werden, wenn sich etwas ändert. Die Schule hätte bei der Gemeinderatssitzung im Juni schon geschlossen werden sollen, da hätte jeder über den Sommer Zeit gehabt sich auf etwas Neues vorzubereiten. Weiters ist die Gemeinde bezüglich Schulsanierung vom Land abhängig. Seiner Meinung nach genügt ein Schulstandort für die Gemeinde Pettenbach, da zwei Schulstandorte nicht tragbar sind. Für Magdalenaberg würde er auch weiter kämpfen, aber als Gemeinderat sieht er das für gesamt Pettenbach. Für eine Nachnutzung ist auf jeden Fall zu sorgen.

2. Volksschule Magdalenaberg, Antrag an das Amt der Oö. Landesregierung auf Auflösung des Schulstandortes und ehestmögliche, faktische Stilllegung des Schulbetriebes durch die Bezirksverwaltungsbehörde

Bürgermeister Leopold Bimminger (VP) führt aus:

Vzbgm. Julia Laßl (SP) verlässt den Raum, kommt aber während des Tagesordnungspunktes wieder zurück.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 13. Juni 2013 die Schließung der Volksschule Magdalenaberg mehrheitlich abgelehnt. Die damalige Begründung dafür war hauptsächlich, dass den Eltern und dem Elternverein, die mehr als 400 Unterschriften für den Weiterbestand der VS-Magdalenaberg vorgelegt haben, die Möglichkeit gegeben werden sollte, ein zukunftsorientiertes Konzept für den Volksschulbetrieb in Zusammenarbeit mit dem Lehrkörper zu erstellen. Ziel dieses Konzeptes sollte die Erreichung der Zweiklassigkeit sein, um so mehr Lehrerstunden bzw. eine zweite Lehrkraft für den Schulbetrieb zu erhalten und dadurch die Ausbildungsqualität zu verbessern.

Das Grobkonzept wurde vom Elternverein nunmehr der Marktgemeinde vorgelegt und durch die Marktgemeinde dem Landesschulrat zur Prüfung und Begutachtung auf die Umsetzbarkeit und vor allem Nachhaltigkeit vorgelegt.

Die Begutachtung des alternativen Konzeptes durch den Landesschulrat hat ergeben, dass

Ich zitiere aus dem Schreiben der Direktion Bildung und Gesellschaft

„Auch aus pädagogischer Sicht ist die momentane Situation keineswegs optimal, weil diese für die Schülerinnen und Schüler Nachteile und die Pädagogen und Pädagoginnen an den Rand ihrer Möglichkeiten bringt. Daran vermag sowohl das von den Schulbehörden des Bundes überprüfte alternative Konzept als auch der durchaus aner kennenswerte Versuch die Schule durch entsprechende Alleinstellungsmerkmale bzw. Schwerpunkte höher zu qualifizieren nichts zu ändern, da erstens Schwerpunktschulen im Volksschulbereich nicht vorgesehen sind und die vorgebrachten Argumente die erheblichen bau- und erhaltungstechnischen Mängel nicht zu relativieren vermögen, da die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie des Lehrpersonales selbstredend Vorrang haben müssen.“

GR Fritz Mittermair (FP) verlässt den Saal, kommt aber während des Tagesordnungspunktes wieder zurück.

Nach der vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossenen Zusage auf den Weiterbestand, hat sich jedoch ergeben, dass nach Ausschreibung des vakanten Lehrpostens durch den Bezirksschulrat, sich kein Lehrpersonal den Anforderungen gewachsen fühlte, bzw. sich niemand bereit erklärte freiwillig am Magdalenaberg zu unterrichten. Die Stelle wurde daraufhin überraschender Weise zwangsweise aus dem vorhandenen Lehrerkreis der Volksschule Pettenbach besetzt.

Dies hatte zur Folge, dass eine Lehrkraft aus gesundheitlichen Gründen den Posten ablehnen konnte, eine weitere Lehrkraft sich seit einer gemeinsamen Besprechung des Lehrerkollegiums der Volksschule Pettenbach mit dem Bezirksschulrat im langfristigen Krankenstand befindet und die dritte Lehrperson, Frau Rosa Schnellberger, den Dienst zwar angetreten hat, jedoch widerwillig aus der 2c der VS Pettenbach herausgerissen wurde, und mit dieser Weisung des Bezirksschulrates sehr unglücklich ist. Sollte die Lehrkraft erkranken, müssen die Schüler in die Volksschule Pettenbach eingegliedert werden.

Diese Lehrerbesetzung soll für ein Jahr erfolgen. Sollte die VS Magdalenaberg ein weiteres Jahr einklassig weitergeführt werden und sich niemand freiwillig für diesen Dienst melden, so wird eine andere Lehrkraft der VS Pettenbach den Dienst am Magdalenaberg antreten müssen, so die Aussage der Bezirksschulinspektorin.

Die Umsetzung eines pädagogischen Konzeptes hängt aber hauptsächlich von der Person ab, die sich mit der Verwirklichung der Lernideen identifizieren kann und will.

Die jetzt tätige, sehr erfahrene Lehrerin, die seit 23 Jahren an der VS Pettenbach unterrichtet, fühlt und sieht sich massiv von den ihr übertragenen Aufgaben überfordert und belastet, da die Arbeit mit vier

Schulstufen in einer Klasse als Einzelpädagogin zu wenig bis gar keinen Spielraum für individuelle Betreuung nach sich zieht.

Sie hat darauf hingewiesen, dass verschiedene Schüler der 3. und 4. Schulstufe bereits jetzt Lerndefizite in Schreiben und Lesen haben und diese in dieser klassenübergreifenden Schulform nicht beseitigt werden können, da keine Zeit übrig ist diese Kinder individuell zu betreuen.

Ihr ist es auch nicht möglich die Schulanfänger im erforderlichen Ausmaß, zB bei den Schwungübungen zu unterstützen bzw. individuell zu betreuen.

Seit der Bestellung der neuen Lehrerin für die Volksschule am Magdalenaberg und die dadurch auftretende Verunsicherung in der Lehrerschaft aufgrund der Vorgangsweise der Besetzung, sieht die Elternschaft, der Direktor und der Lehrkörper der Volksschule Pettenbach, die Kontinuität des Lehrbetriebes in der Volksschule Pettenbach gefährdet. Die Eltern haben dazu bereits mit den politischen Vertretern aller Fraktionen Kontakt aufgenommen und ihnen ihre Sorgen geschildert.

Neben den pädagogischen Problemstellungen, muss auch auf die bauliche Situation hingewiesen werden. Bei einer Besichtigung durch einen Bausachverständigen der Abteilung Bildung und Gesellschaft wurde ein unbedingter Sanierungsbedarf der gesamten Schule festgestellt. Im gleichen Zug wurde darauf hingewiesen, dass in jeder Gemeinde Schulbaumittel jedoch nur für ein Objekt zur Verfügung gestellt werden. Dass es sich dabei um die Sanierung der Volksschule Pettenbach handeln muss, erscheint den Vertretern der Abteilung Bildung und Gesellschaft klar. Eine zusätzliche Finanzierung zur Sanierung der Volksschule Magdalenaberg mit Schulbaumitteln wurde in diesem Zusammenhang vom Leiter der Abteilung Bildung und Gesellschaft kategorisch abgelehnt. Die Stellungnahme des Leiters der Abteilung Bildung und Gesellschaft wurde den Fraktionen zu den internen Fraktionssitzungen übermittelt und dort vollinhaltlich verlesen auf eine neuerliche Verlesung kann daher verzichtet werden.

Durch die geschilderte Situation erscheint eine ehestmögliche Stilllegung der Volksschule Magdalenaberg ein unbedingt notwendiger Schritt zu sein, um den Schülern und Schülerinnen eine bestmögliche Ausbildung zu garantieren.

Die Stilllegung könnte auf Grundlage eines baubehördlichen Bescheides des Bürgermeisters erfolgen. (Al. Weigerstorfer verliert daraufhin das hochbautechnische Sachverständigengutachten von Herrn DI Sabo.)

Die Bescheiderstellung sollte umgehend erfolgen, sodass die Schüler ehestmöglich in eine neue Klassengemeinschaft, entweder in Pettenbach oder in Inzersdorf/Kremstal, je nach Wunsch der Eltern, überführt werden könnten.

Ich stelle daher den

Antrag: Der Gemeinderat wolle, entgegen der vom Gemeinderat am 13. Juni 2013 mehrheitlich beschlossenen Zusage auf den Weiterbestand, die ehestmögliche Stilllegung des Schulbetriebes der Volksschule Magdalenaberg durch die bescheidmäßige Untersagung der weiteren Benützung durch den Bürgermeister als Baubehörde 1. Instanz, gemäß § 48 Oö.BauO, im Sinne des Berichtes, befürworten.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) stellt zwei kleine Fehler aus dem Gutachten vom Land OÖ richtig, nämlich dass die Allergie der ersten Lehrperson nicht durch eine Schimmelbildung ausbrechen könnte, da sie unter einer anderen Form der Allergie leidet. Sie kann das nicht verantworten, falls diese ausbrechen sollte und keine andere Lehrperson zur Stelle ist. Und zweitens, dass die Kinder nicht nach Pettenbach zum Turnunterricht gebracht werden sondern nach Inzersdorf. Er weist darauf hin, dass es sich bei der Antragstellung nicht um eine Auflassung des Schulstandortes handelt sondern um eine Stilllegung. Da vielleicht doch durch verschiedene Umstände in Zukunft ein Schulbetrieb wieder möglich sein könnte. Auch im Agenda 21-Prozess werden zwei neue Arbeitsgruppen „Bildung“ und „Zukunft Magdalenaberg“ gegründet, die sich mit dieser Thematik ausei-

nersetzen. Seiner Meinung nach sollten in der Raumordnungspolitik Änderungen hervorgerufen werden, da zurzeit keine größeren Flächen für Bauzwecke am Magdalenaberg gewidmet werden. Er bedankt sich bei den anderen Fraktionen für die Zustimmung dieser Antragsformulierung. Dadurch kann weitergearbeitet werden um auch die Nachnutzung der Schule zu überdenken.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) ist mit dieser Antragsformulierung nicht zufrieden. Er ist in der Meinung, dass im Sinne der Kinder eine schnellstmögliche Lösung das Beste ist. Er wird aus diesem Grund dem Antrag zustimmen. Jedoch gibt er zu bedenken, dass ein leerstehendes Gebäude nicht besser wird. Er betont, dass der desolate Zustand des Gebäudes vor ein paar Monaten auch schon bekannt war und dass sich die Sachlage durch das Gutachten vom Land OÖ nicht verändert hätte. Er macht auch darauf aufmerksam, dass bis zum nächsten Schuljahr eine Entscheidung fallen sollte und diesem Gebäude so schnell wie möglich wieder einer Nutzung zugeführt, da Standorte für Krabbelstube und Kindergarten benötigt werden.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) betont, dass der bauliche Zustand allen bekannt war und nur aufgrund dessen eine Entscheidung hervorzurufen, ist seiner Meinung nach seltsam. Es hat natürlich eine andere Gewichtung, wenn vom Land OÖ darauf hingewiesen wird. Er hebt hervor, dass bestrebt wird, dieses Gebäude im Gemeindeeigentum zu erhalten und auch zu sanieren, egal welcher Nutzung es zugeführt wird. Er betont, dass die Gemeindevertreter vom Direktor und den Lehrerinnen der VS Pettenbach am Anfang der Ferien über den Umstand der Situation und der Bestellung der Lehrerschaft informiert worden sind. Es war bekannt, dass eine Lehrerin aus der VS Pettenbach in die VS Magdalenaberg bestellt wird. Wenn nur ein Lehrer für vier Schulstufen zuständig ist, ist das nicht nur für die Qualität der Schulpädagogik eine Minderung sondern auch für den jeweiligen Lehrer eine Belastung. Er sagt, obwohl der ganze Tagesordnungspunkt sehr kurzfristig vorbereitet wurde, kann er mit dem für ihn kleinstmöglichen Nenner leben.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) erklärt, dass der Zustand für ihn nicht klar war. Da er nicht wusste, dass dieser Posten widerwillig besetzt wird. Seiner Meinung nach hätte es andere Möglichkeiten gegeben. Dass zum Beispiel eine Lehrperson, die wieder mit einer ersten Klasse beginnt versetzt wird, nicht eine, die aus einer zweiten Klasse herausgerissen wird.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) schließt sich GV Ing. Paul Neuburger (SP) an. Er spricht noch einmal den Befund der Schulärztin an und dass Frau Bruckner, die Lehrerin des letzten Schuljahres, gute Arbeit geleistet hat, jedoch kurz vor einem Burnout stand. Die Frau Bezirksschulinspektorin hat gesagt, dass Frau Bruckner nach diesem Schuljahr sowieso in eine andere Schule kommt, egal wie es mit der VS Magdalenaberg weitergeht.

GR Stefan Kohlbauer (FP) spricht das Thema Krabbelstube an, dass die Gemeinde schon länger nach einem geeigneten Standort sucht. Falls der Standort Magdalenaberg in Frage kommen würde, würde das auch im Sinne des Landes OÖ. sein und diesbezüglich die Mittel für eine Sanierung zur Verfügung stellen. Denn eine Sanierung der VS Pettenbach und zusätzlich der VS Magdalenaberg könnte er sich nicht vorstellen.

GR Clemens Radner (VP) spricht den Beschluss der letzten Gemeinderatssitzung an. Er war der Überzeugung, dass die Magdalenaberger wirklich eine Chance bekommen. Als er erfahren hatte, dass eine Lehrerin mitten aus Schulstufen herausgerissen wurde, war er entsetzt. Dabei spricht er die Vorsätzlichkeit vom Land OÖ an, dass gewollt ist solche kleinen Schulen zu schließen. Er wird sich dieses Mal der Stimme enthalten.

GR Gerhard Etzenberger (VP) senkt dem Gutachten keine große Bedeutung. Er versteht auch nicht, warum die Direktion aus der Hand gegeben wird, da der Magdalenaberg zu Pettenbach gehört. Er

meint, wenn die Gemeinde eine zweite Lehrperson aus Pettenbach am Magdalenaberg geschickt hätten, wäre der Aufstand noch größer gewesen.

Daraufhin erklärt AL Günther Weigerstorfer, dass die Gemeinde kein Lehrpersonal vergeben kann und darf. Das ist Aufgabe der Bezirksschulinspektorin.

GR Gerhard Etzenberger (VP) plädiert trotz allem für den Bestand der Schule, da er bei der letzten Sitzung auch gegen die Schließung gestimmt hatte.

GR Bernhard Radner (VP) ist mit der jetzigen Situation nicht zufrieden. Er sieht die Verantwortung nicht beim Gemeinderat oder beim Beschluss der letzten Sitzung. Er glaubte, dass für das eine Jahr, zur Überbrückung, von der Behörde eine tragbare Lösung zu finden gewesen wäre, denn funktionieren kann es nur mit zwei Lehrern. Er fügt hinzu, dass diese vorhanden wären. Weiters merkt er an, dass anstatt einer konstruktiven Lösung herbeizuführen doch etwas sehr destruktives passiert ist und dass ein Keil in die Bevölkerung, der Lehrerschaft und der Elternschaft getrieben wurde, missfällt ihm sehr. Er ist sehr empört darüber, dass ein Personenkreis dem Bürgermeister, als oberster Vertreter der Gemeinde und auch Schulerhalter, mitteilt, dass er in der VS-Pettenbach nicht mehr erwünscht ist. Das wirft seiner Meinung nach kein gutes Licht auf diese Personengruppe. Und auch nicht, wenn jemanden mittgeteilt wird, dass er ebenfalls nicht erwünscht ist, obwohl diese Person jahrelang gute Dienste in Form einer Aufsicht erwiesen hat. Er appelliert an alle, die diverse Äußerungen gemacht haben, darüber nachzudenken, da solche Äußerungen auch den Charakter eines Menschen widerspiegeln.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) betont, dass es bis zur Entscheidung in der Gemeinderatssitzung im Juni 2013, zahlreiche Treffen gab, bei denen das Land OÖ, Landesrätin Hummer, und die Schulinspektorin mitteilten, dass nur eine Lehrperson für die VS Magdalenaberg vorgesehen ist. Weiters spricht er die Verordnung vom Land OÖ an, dass bei einer gewissen Mindestkinderzahl der Klassen nur eine Lehrperson zur Verfügung steht und dass diese Kinderzahl jährlich erhöht wird. Er stellt den Vergleich mit dem Lagerhausneubau an, bei dem seiner Meinung nach die ÖVP Fraktion das Gegenseitige suggeriert, entweder es wird so gebaut, oder es gibt kein Lagerhaus mehr. Er versteht nicht, warum die ÖVP Fraktion den Aussagen bezüglich Lagerhaus glauben schenkt und den Aussagen bezüglich VS Magdalenaberg nicht.

GR Bernhard Radner (VP) weist darauf hin, dass Vzbgm. Platzer zwei Themen vermischt. Er zitiert ein Sprichwort: „Wo ein Wille da ein Weg, wo ein Unwille da eine Ausrede“. Er meint, dass es Möglichkeiten gibt zwei Lehrer in einer Klasse, bei der die Kinderanzahl unter zwanzig liegt, zu beschäftigen, man muss nur wollen.

GV Sigrid Grubmair (VP) erklärt, dass sie nach einer Lösung gesucht hatte, bei der alle Beteiligten zufrieden sind. Gemeinsam mit Bgm. Bimminger hat sie nach Möglichkeiten gesucht. Sie hat nicht gewusst, dass Schulversuche beim Land OÖ bewilligt werden müssen. Sie erwähnt, dass sie einen unangemeldeten Besuch in der VS Magdalenaberg gemacht hat, um sich selber ein Bild über die Situation zu machen. Weiters sagt sie, dass sie Frau Rosa Schnellberger sehr gut kenne und sich Sorgen um ihr Gesundheit macht, da sie gegen ihren Willen in die VS Magdalenaberg beordert wurde. Deshalb wird sie einer Stilllegung zustimmen. Sie könnte jedoch keiner Schließung zustimmen, da sie versucht hat alle Möglichkeiten, die es gibt, auszuschöpfen um die Schule weiterzuführen. Die Schließung würde für sie einen endgültigen Schritt bedeuten.

Ing. Michael Kienberger ersucht den Gemeinderat um die Erlaubnis einer Wortmeldung, obwohl er weis, dass das laut Gemeindeordnung nicht erlaubt ist.

GV Ing. Paul Neuburger fügt hinzu, wenn eine Person vom Elternverein Pettenbach und eine Person vom Elternverein Magdalenaberg eine Wortmeldung machen darf, stimmt er den Antrag zu.

GR Heidemarie Fischer (VP) verlässt den Saal.

Daraufhin stellt der Bürgermeister den

Antrag: Der Gemeinderat wolle eine Wortmeldung von einem Vertreter des Elternvereins Magdalenaberg und eine Wortmeldung von einem Vertreter des Elternvereins Pettenbach genehmigen.

Beschluss: Der Antrag wird mit 28 JA-Stimmen und 1 NEIN-Stimme (GREM Gerhard Kohlbauer FP) mehrheitlich durch ein Zeichen mit der Hand angenommen.

Ing. Michael Kienberger merkt an, dass die Stilllegung der Schule nur ein hinauszögern ist. Seiner Meinung nach sollte diese Schule geschlossen werden, da die Kinder vom Magdalenaberg keine Spielbälle sind. Sein Sohn besucht die 3. Klasse der VS Magdalenaberg. Wenn er jetzt in eine andere Schule muss, kann er sich nicht vorstellen, dass er vielleicht ein Jahr später wieder zurückgehen wird. Er kann sich auch nicht vorstellen, nach einer Stilllegung an einem Konzept weiterzuarbeiten, da die Schule sehr baufällig ist, der Gemeinderat die Schule eigentlich anderweitig nützen möchte, keine Lehrer, keine Kinder mehr da sind und die Schule sozusagen leer steht. Er bittet den Gemeinderat die Schule nicht stillzulegen sondern gleich zu schließen.

GV Ing. Josef Aitzetmüller (VP) verdeutlicht, dass das wirtschaftliche Ausdünnen im ländlichen Raum vom Bund und Land so gesteuert wird, dass eine Gemeinde nur verlieren kann. Er glaubt, wenn alle Pettenbacher zusammen geholfen hätten, wäre es möglich gewesen, dieses eine Jahr zu überbrücken. Das wurde aber leider von der Behörde verhindert. Er wird sich daher für eine Stimmenthaltung entschieden.

GR Heidemarie Fischer (VP) kommt wieder zurück.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) fügt hinzu, dass eine Schließung der Schule besser gewesen wäre. Er betont, dass diejenigen, die eine Stilllegung beantragt haben, auch die Verantwortung dafür übernehmen sollen.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) verliest zum Abschluss ein Zitat von Henry Ford: „Probleme sind verkleidete Möglichkeiten“.

Beschluss: Der Antrag wurde mit 24-JA Stimmen, 3-NEIN Stimmen (GR Bernhard Radner, GR Bülent Arikian, GR Gerhard Etzenberger ÖVP) und 3 Stimmenthaltungen (GR Clemens Radner, GV Ing. Josef Aitzetmüller ÖVP und GR Helmut Viechtbauer SPÖ) mehrheitlich durch ein Zeichen mit der Hand angenommen.

3. 110 KV-Leitung Vorchdorf-Kirchdorf, Beauftragung der Rechtsanwaltskanzlei List Rechtsanwälte GmbH in Bezug auf Beantragung eines UVP-Verfahrens um die Errichtung der gewünschten Erdkabeltrasse zu unterstützen

Vzbgm. Julia Laßl (SP) führt aus:

Am 22.08.2013 hat in der Gemeinde Pettenbach eine Präsentation der rechtlichen Möglichkeiten für die Anrainergemeinden betreffend die von der Energie AG Oberösterreich Netz GmbH geplante 110-kV-Leitung zwischen Vorchdorf und Kirchdorf stattgefunden. An dieser Besprechung haben zahlreiche Politiker der Region teilgenommen und sich grundsätzlich einhellig für rechtliche Maßnahmen im Bezug auf die 110-kV-Leitung ausgesprochen. Vereinbart wurde, dass jede Gemeinde der Region für sich prüft, ob die Kanzlei Univ.Do. Dr. Wolfgang List, Weimarer Straße 55/1, 1180 Wien mit rechtlichen Schritten beauftragt wird. Voraussetzung dafür wäre ein Gemeinderatsbeschluss der jeweiligen Standortgemeinde. Herr Dr. List hat dazu einen Entwurf zur Erstellung eines Feststellungsantrages an das Amt der Oö. Landesregierung vorgelegt, welcher den Fraktionen zu den internen Sitzungen übergeben und dort vollinhaltlich verlesen wurde. Auf eine neuerliche Verlesung kann daher verzichtet werden.

GR Ilse Laßl und GV Ing. Paul Neuburger verlassen den Saal, kommen aber während des Tagesordnungspunktes wieder zurück.

Die Rechtsanwaltskanzlei Dr. List wurde vom Verein für Mensch und Energie beauftragt die Erstellung dieses Feststellungsantragsentwurfes den Gemeinderäten vorzulegen. Für die Gemeinden sind keine Kosten verbunden. Die diesbezüglichen Kosten werden vom Verein für Mensch und Energie bzw. dessen engagierten Förderern getragen.

Durch den Beschluss des Gemeinderates zur Beauftragung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. List, Wien zur Antragstellung an das Land Oberösterreich auf Feststellung, dass ein UVP-Verfahren durchzuführen ist, kann keinerlei Rückschluss darauf gezogen werden, dass die Marktgemeinde Pettenbach auch im Fall einer rechtlichen Nichtanerkennung dieses Antrages für Zahlungen einer Beauftragung herangezogen werden kann. Dies ist von der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Wolfgang List, Wien, schriftlich und auch für etwaige Rechtsnachfolger gültig, der Marktgemeinde bei Auftragsvergabe zu bestätigen.

Nach Rückfrage bei den Nachbargemeinden haben sowohl Scharnstein als auch Vorchdorf und Steinbach/Ziehberg die Auftragsvergabe als Tagesordnungspunkt der nächsten Gemeinderatssitzung Anfang Oktober geplant. Scharnstein hat bereits eine positive Willenserklärung des Gemeindevorstandes zur Beauftragung der Rechtsanwaltskanzlei Dr. List, Wien, einstimmig abgegeben

Dazu wurde ein Auftragsschreiben vorbereitet, welches den Fraktionen zu den internen Fraktions-sitzungen übergeben wurde und somit ebenfalls allen Gemeinderäten bekannt ist. Auf eine neuerliche Verlesung kann daher verzichtet werden.

Ich stelle daher den

Antrag: Der Gemeinderat wolle der Auftragsvergabe auf Einreichung eines Feststellungsantrages gemäß § 3 Abs 7 UVP-G 2000 betreffend das Vorhaben der Energie AG Oberösterreich Netz GmbH für eine 110-kV-Leitungsverbindung Vorchdorf-Kirchdorf an das Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht, Kärntnerstraße 10 – 12, 4021 Linz an die Rechtsanwaltskanzlei Dr. Wolfgang List, Weimarer Straße 55/1, 1180 Wien im Sinne des Berichtes, vorbehaltlich der unterfertigten Zustimmung zu den in der Auftragsvergabe verpflichtend vorgeschriebenen Bedingungen, zustimmen.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) ist erfreut, dass diese Vorgangsweise im Gemeindevorstand gewählt wurde um den Verein Mensch und Energie zu unterstützen und um weiteren Widerstand gegen diese Freileitung zu bieten. Er findet die Vorgehensweise und Androhungen der Energie AG befremdlich und irritierend. Eine ähnliche Situation gab es in Reichraming mit dem Windpark. Er hofft, dass dieser Windpark trotz Androhungen der Energie AG entstehen wird. Weiters wünscht er sich, dass bei dem Projekt 110-kV Leitung die betroffenen Grundeigentümer das alternative Erdkabelprojekt bekommen.

GR Karl Kuntner (VP) hofft mit einem positiven Beschluss, ein Stück näher zu kommen, diese 110-kV Leitung in einer anderen Form zu bauen. Er informiert, dass im Naturschutzverfahren die Stellungnahmen der Naturschutzsachverständigen von Gmunden und Kirchdorf negativ ausgefallen sind.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig durch ein Zeichen mit der Hand angenommen.

4. Kastberger Andreas, Scharnsteiner Straße 30; Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 "Almdiele" -Beschluss nach dem Stellungnahmeverfahren

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) berichtet:

Herr Andreas Kastberger möchte auf dem Grundstück Nr. 1115/3 KG, Mitterndorf ein Lagergebäude für seinen Betrieb errichten. Dieses Grundstück liegt im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 20 „Almdiele“.

GR Gerhard Kohlbauer (FP), GR Bernhard Radner (VP) und GREM Walter Auinger (SP) verlassen den Saal, kommen aber während des Tagesordnungspunktes wieder zurück.

Der Bebauungsplan sieht jedoch vor, dass Nebengebäude nur innerhalb der Baufluchtlinien errichtet werden dürfen und außerhalb der Baufluchtlinien Nebengebäude nicht zulässig sind. Diese Bebauungsgrenzen bestehen aber nur im Bereich der bestehenden Hauptgebäude und wäre die Errichtung von Nebengebäuden nicht möglich.

Der Bebauungsplan soll daher derart abgeändert werden, dass auch außerhalb der Baufluchtlinien die Errichtung von Nebengebäuden ermöglicht wird. Dafür ist lediglich die Änderung des Textteiles erforderlich.

Dazu ist jedoch die Änderung des Bebauungsplanes erforderlich. Vom Team M aus Linz wurde daher ein entsprechender Änderungsplan mit der Änderung des Textteiles vorgelegt.

Die Kosten für die Erstellung der Bebauungsplan-Änderung werden von Herrn Kastberger übernommen, sodass für die Marktgemeinde Pettenbach keinerlei Kosten entstehen.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 13.6.2013 wurde das Verfahren für die Änderung des Bebauungsplanes eingeleitet.

Im Zuge des Begutachtungsverfahrens wurden von der Unterabteilung Örtliche Raumordnung und der Abteilung Straßenerhaltung und -betrieb beim Amt der Oö. Landesregierung positive Stellungnahmen abgegeben.

Die Stellungnahmen wurden den Fraktionen zur internen Beratung übergeben und dort vollinhaltlich verlesen. Auf eine neuerliche Verlesung kann daher verzichtet werden.

Zu den Stellungnahmen wird noch ausgeführt, dass das Deckblatt des Änderungsplanes in Bezug auf die Nummerierung richtiggestellt wurde. Die Verkehrsaufschließung erfolgt über die bestehenden Zufahrten und ist die Errichtung von neuen Zufahrt nicht geplant.

Von den sonstigen beteiligten Dienststellen und Planungsträgern wurden innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zur beantragten Änderung des Bebauungsplanes keine Stellungnahmen abgegeben, weshalb die Zustimmung dazu angenommen wird.

Im Zuge der Anhörung der sonstigen Betroffenen wurden von keiner Seite Einwendungen gegen die Änderung des Bebauungsplanes erhoben.

Die Änderung des Bebauungsplanes widerspricht nicht den Planungszielen der Gemeinde im Hinblick auf eine geordnete Bebauung in diesem Bereich und werden Interessen Dritter nicht verletzt.

Antrag: **Der Gemeinderat wolle der Änderung Nr. 1 des Bebauungsplanes Nr. 20 "Almdiele" entsprechend den Änderungsplänen des Team M, Linz zustimmen.**

Beschluss: **Der Antrag wird einstimmig durch ein Zeichen mit der Hand angenommen.**

5. Änderung des Dienstpostenplanes wegen Aufnahme von neuen Mitarbeitern am Marktgemeindefamt Pettenbach ab 01.10.2013

GV Sigrid Grubmair (VP) führt aus:

Der Gemeinderat beschließt jährlich mit dem Voranschlag auch den Dienstpostenplan für die Arbeitnehmer der Marktgemeinde Pettenbach. Nun ist es jedoch erforderlich zwischenzeitlich einen neuen Dienstpostenplan zu erstellen und zu beschließen, da ein neuer Dienstposten der Verwendungsgruppe GD 18.5 mit einem Beschäftigungsausmaß von 40 Wochenstunden sowie zwei Dienstposten der Verwendungsgruppe GD 21.7 mit je 50% Beschäftigungsausmaß geschaffen werden sollen. Durch den Dienstposten GD 18.5 wird der vorhandene Dienstposten GD 20.3 ersetzt. Weiters erfolgen mehrere Richtigstellungen, gemäß Empfehlung der Aufsichtsbehörde im Zuge der letzten Prüfung des Dienstpostenplanes für den Voranschlag 2013.

GR Michael Aitzetmüller (SP)

Da der neue Dienstpostenplan den Fraktionen zu den internen Fraktionssitzungen vorgelegt wurde und dort vollinhaltlich verlesen wurde, somit allen anwesenden Gemeinderäten bekannt ist, kann auf einen neuerlichen Vortrag verzichtet werden.

Der Dienstpostenplan der Marktgemeinde Pettenbach lautet nunmehr, wie folgt

Dienstpostenplan (gem. Par.9 Z.7 VRV) gültig ab 1.10.2013 (beschlossen in der Gemeinderatssitzung am 26.09.2013)

Allgemeine Verwaltung					
1	B	GD 9.1	B II-VII		Weigerstorfer Günther
1	B	GD 13.2	B II-VI/N2		Zehetner Thomas
1	B	GD14.1	C I-V		Fekete Anton
1	VB	GD 13.2	B II – V		Aigner Peter
1	VB	GD 17.4	I/c		Esterbauer Manfred
1	VB	GD 17.5	I/c		Platzer Anneliese
1	VB	GD 17.5	I/c		Luckerbauer Harald
1	VB	GD 19.5	I/d		Sieberer Doris
1	VB	GD 17.4	I/d		Pachner Karola
1	VB	GD 17.5	I/d		Steinmaurer Ursula
1	VB	GD 18.5	I/d		Itzenberger Angela
0,5	VB	GD 20.3	I/d		Angermayr Madeline
0,5	VB	GD 21.7	I/d		Sonja Kreuzeder
0,5	VB	GD 21.7	I/d		Sonja Baldinger
12,5					
Handwerklicher Dienst					
1	VB	GD 25.1	II/p 5		Stefan Maria
0,57	VB	GD19.1	II/p 3		Haslinger Beate
0,57	VB	GD 23.1	II/p 4 ad pers p3		Kolnberger Gabriele
0,44	VB	GD 23.3	II/p 4		Hillingrathner Maria

1	VB	GD 18.1	II/ p2 ad pers p1	Pühringer Karl
1	VB	GD 18.3	II/p 2	Neuburger Ernst
1	VB	GD 19.1	II/p3 ad pers p1	Grasböck Max
1	VB	GD 19.1	II/p 3 ad pers p2	Heidecker Franz
1	VB	GD 19.1	II/p 3 ad pers p2	Aitzetmüller Josef
1	VB	GD 19.1		Kirner Martin
1	VB	GD 19.1		Steinmaurer Christian
0,50	VB	GD 25.1		Linsbod Hermine
1	VB	GD 25.1	II/p5 ad pers p4	Dutzler Monika
0,50	VB	GD 25.1		Ploner Gabriele
0,50	VB	GD 25.1		Greßenbauer Margit
1	VB	GD 25.1	II/p5	Scharax Ingrid
0,5	VB	GD 25.1		Radner Andrea (Karenzvertretung Radner Petra)
0,55	VB	GD 25.1		Radner Sylvia
0,375	VB	GD 25.1		Hubl Margit
0,25	VB	GD 25.1		Mairhofer Helga
0,38	VB	GD 23.1	II/p 4	Löberbauer Carmen
0,5	VB	GD 22.4	II/p 4	Integrationshilfe dzt. unbesetzt
0,5	VB	GD 25.1		Oberklammer Erika
16,135	ab	11 Oktober	2013	
28,635	ab	11. Oktober	2013	

Sonstige Bedienstete (Schulaufsicht)

2,5

Sonstige Bedienstete (Lehrling)

1,0

Ich stelle den

Antrag: Der Gemeinderat wolle dem neuen Dienstpostenplan ab 01.10.2013 für die Marktgemeinde Pettenbach zustimmen.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) stellt fest, dass er diesem Antrag nicht zustimmen, sondern sich der Stimme enthalten wird. Er hat sich auch bereits im Vorstand und im Objektivierungsausschuss der Stimme enthalten. Er betont, dass es dabei nicht um Personen geht, sondern dass seiner Meinung nach durch Komprimierung und Veränderungen des Arbeitsumfeldes, der Arbeitsaufwand mit dem bestehenden Personal machbar ist.

GR Karl-Heinz Strauß (FP) stimmt den Antrag nicht zu, weil seiner Meinung nach das ein Zeichen in die falsche Richtung ist. Es wird immer von Verwaltungsreform gesprochen, wo auch eine Analyse am Gemeindeamt gemacht wurde, um die die Abläufe zu analysieren und Potential auszuloten. Er betont auch, dass es dabei nicht um die Personen geht, er ist aus Prinzip gegen eine Erweiterung in der Verwaltung.

GR Gerhard Etzenberger (VP) ist für eine Auslagerung des Lohnbüros. Ein Lohnbüro verlangt für die ganzen Mitarbeiter, laut seiner Rechnung, ca. €400,--. Er meint, dass Herr Esterbauer anstatt der Lohnverrechnung eine andere Aufgabe übernehmen hätte können.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) ist erfreut, dass sehr viele und auch sehr gute Bewerbungen abgegeben wurden, dadurch ist auch die Entscheidung schwer gefallen. Er ist der Meinung, dass die zusätzlichen Posten speziell in der Bauabteilung notwendig sind. Er ist aber nicht der Meinung, dass die Notwendigkeit auf Gemeindeebene angezweifelt werden soll, da dass für die Qualität der Gemeindearbeit nicht förderlich ist.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) schließt sich der Meinung von Ing. Paul Neuburger an, da der Verwaltungsaufwand immer mehr wird. Auch dadurch, dass die Gemeinde eine Tourismusgemeinde geworden ist, kommt ein neuer Aufgabenbereich dazu. Speziell in der Bauabteilung wird eine zusätzliche Arbeitskraft benötigt um die Rückstände aufarbeiten zu können.

GR Bernhard Radner (VP) wünscht und erwartet sich, dass die Qualität der Arbeit für die Bevölkerung der Gemeinde Pettenbach dementsprechend verbessert wird.

GREM Hildegard Angermayr (SP) erklärt ihre Befangenheit und wird an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Beschluss: Der Antrag wird mit 23 JA-Stimmen, 2 NEIN-Stimmen (GR Karl-Heinz Strauß und GR Stefan Kohlbauer FP) und 4 Stimmenthaltungen (Vzbgm. Rudolf Platzer, GR Friedrich Mittermair, GREM Gerhard Kohlbauer FP und GREM Friedrich Holli VP) mehrheitlich durch ein Zeichen mit der Hand angenommen.

6. Allfälliges

Bgm. Leopold Bimminger (VP) liest ein Schreiben von der Anwaltskanzlei Lattenmayer, Luks, Enzinger Rechtsanwälte GmbH bezüglich Jostra-Privatstiftung, Pennymarkt, vor. Er erklärt, dass dieses Schreiben bereits in der Vorstandssitzung vorgelesen und auch Verbindung mit der Rechtsanwaltskanzlei Dr. Rankl aufgenommen wurde. Weiters liest er den Aktenvermerk von Dr. Rankl und das Antwortschreiben an die Anwaltskanzlei Lattenmayer, Luks, Enzinger Rechtsanwälte GmbH vor.

GR Elke Eder (VP) kündigt die Veranstaltungen zu Ehren von Leo Lehner (Ausstellung, Konzert, Messe) am Samstag, den 28. und am Sonntag, dem 29. September 2013 an. Weiters lädt sie zum G'stanzi singa am 5. Oktober 2013 ein.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) appelliert, dass zumindest am Samstag bei der Ausstellungseröffnung die Gemeinderäte zahlreich erscheinen, da am Sonntag für viele der Besuch wegen der Nationalratswahl nicht möglich sein wird.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) schließt sich Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) an, kündigt zusätzlich den Museumsbesuch im Bartlhaus am 5. Oktober 2013 um 18:00 Uhr an, da Frau Pitschmann persönlich eine Führung für die Gemeinderäte abhalten wird.

GV Ing. Paul Neuburger (SP) sagt, dass nun die Interessentenbeiträge vorgeschrieben wurden. Er stellt die Frage, ob mit der Interessentenbeitragsstelle gesprochen werden kann, ob die niedrigen Beträge pauschaliert werden können, da das seiner Meinung nach sinnvoller wäre, da der Verwaltungsaufwand doch sehr groß ist, um dieses Formular auszufüllen.

Al Günther Weigerstorfer erklärt, dass es bereits eine Deckelung nach unten mit €29,-- gibt.

Vzbgm. Rudolf Platzer (FP) hat bereits mit der Interessentenbeitragsstelle telefoniert. Es wurden auch bereits die Gewerbetreibenden informiert. Er meint, dass der Aufwand nur im ersten Jahr so enorm sein wird und sich im zweiten Jahr eine gewisse Routine einstellen wird.

GR Karl-Heinz Strauß (FP) sieht das auch wie GV Ing. Paul Neuburger (SP), dass der Aufwand enorm ist.

GR Ilse Laßl (SP) hat ein Anliegen bezüglich 30 km/h Beschränkung im Bereich der Schule. Sie glaubt, dass diese dringend notwendig sei.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) antwortet, dass es bereits eine Begehung mit dem Straßensachverständigen stattgefunden hat. Es wird auch eine Verkehrsmessung durchgeführt, wo anschließend eine Stellungnahme abgegeben wird. Das wird Thema vom Straßenausschuss werden.

GR Bernhard Radner (VP) sagt, dass im Kreuzungsbereich „Strauß-Zierböckstraße“ 100 km/h gefahren werden dürfen, dort aber viele Kinder die Straße überqueren müssen. Ein Schutzweg mit Blinklichtanlage wäre dort wünschenswert.

Gr. Karl-Heinz Strauß (FP) fügt hinzu, dass ein Schutzweg errichtet werden kann, aber zahlen muss diesen die Gemeinde selber.

GR Adolf Kammerleithner (FP) regt an, ein Geschwindigkeitsmessgerät bei der Schule aufzustellen. Weiters stellt er die Frage, warum bei der Musikschule Blumentröge stehen, obwohl dringend Parkplätze benötigt werden.

Bgm. Leopold Bimminger (VP) antwortet, dass das Parkplatzthema im Agenda 21 Prozess diskutiert werden müsse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt Bgm. Leopold Bimminger die Sitzung um 22:35 Uhr.

(Vorsitzender)

(Schriftführerin)

Der Vorsitzende bekundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 31.10.2013 keine Einwendungen erhoben wurden.

(Vorsitzender)

(Gemeinderat - ÖVP)

(Gemeinderat - SPÖ)

(Gemeinderat - FPÖ)